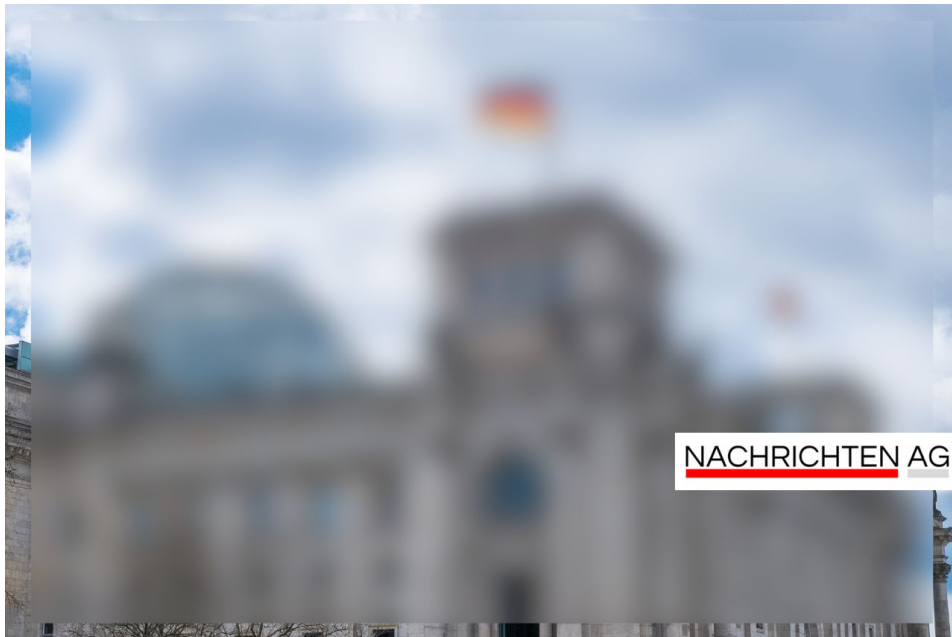


Merz stoppt Lieferung von Taurus: SPD bleibt strikt dagegen!

Bundestkanzler Merz lehnt Taurus-Lieferungen an die Ukraine ab. Debatte über militärische Unterstützung und Koalitionsdifferenzen entbrannt.



Ukraine, Land - Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hat heute angekündigt, dass aktuell keine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine geplant sei. Während eines Auftritts in der ZDF-Sendung Maybrit Illner äußerte Merz Bedenken hinsichtlich möglicher Widerstände innerhalb der SPD gegen eine solche Lieferung. Jüngste Äußerungen der SPD deuten darauf hin, dass die Partei sich gegen die Bereitstellung dieser Waffensysteme ausgesprochen hat. Merz wies auch darauf hin, dass eine mögliche Lieferung erhebliche Vorlaufzeiten für die erforderliche Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte bedeuten würde.

Dennoch wird die Ukraine in naher Zukunft Marschflugkörper

aus Frankreich und Großbritannien erhalten, was die Frage nach Deutschlands Rolle in der militärischen Unterstützung wieder aufwirft. Merz betonte, dass er die Diskussion nicht öffentlich führen wolle, um Russland nicht ungewollt strategische Vorteile zu verschaffen. Er stellte klar, dass die Debatte um die Taurus-Waffen nicht von der CDU initiiert wurde, obwohl er vor seinem Amtsantritt eine mögliche Lieferung in Abstimmung mit europäischen Partnern in Betracht gezogen hatte.

Die Militarisierung der Debatte

Die Debatte über die möglichen Lieferungen von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine hat in den letzten Wochen an Intensität gewonnen. Deutschland steht mittlerweile, nach den USA, als der wichtigste militärische Unterstützer der Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland da. Die Lieferung von Taurus wird von verschiedenen politischen Lagern als umstritten angesehen, da die Ukraine hofft, mit diesen Waffensystemen Angriffe tief in das russische Territorium durchführen zu können. Merz hat sich in der Diskussion dafür ausgesprochen, dass die Taurus-Marschflugkörper die Nachschubwege für Russland effektiver angreifen könnten.

Im Gegensatz dazu bleibt der scheidende Bundeskanzler Olaf Scholz strikt gegen eine Lieferung. Auch Verteidigungsminister Boris Pistorius äußert Skepsis gegenüber den Taurus-Lieferungen. Seine Bedenken gründen sich auf die Gefahr, Deutschland in eine direkte Konfliktsituation zu bringen, sowie auf die Notwendigkeit deutschen Personals für den möglichen Einsatz der Systeme. Besonders die SPD hat betont, dass Entscheidungen zu Waffensystemen wie Taurus gemeinsam getroffen werden sollen, was die Differenzen innerhalb der zu erwartenden Koalitionsparteien offenbart.

Taurus als modernes Waffensystem

Die Taurus-Marschflugkörper gelten als eines der modernsten Waffensysteme der Bundeswehr. Mit einer Reichweite von bis zu

500 Kilometern können sie schwer von gegnerischer Luftabwehr getroffen werden und sollen auch stark gehärtete Zielstrukturen durchdringen. Die Bundeswehr nutzt die Taurus-Systeme seit 2005, und der Einsatz mit verschiedenen Kampfflugzeugen, darunter die Tornado - sowie die Eurofighter -Flotte, wird vorbereitet. Die Ukraine hat bereits ähnliche Systeme, wie Storm Shadow aus Großbritannien und SCALP aus Frankreich, erhalten, jedoch mit geringerer Reichweite.

Das geopolitische Umfeld bleibt angespannt. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine geht weiter, begleitet von schweren Raketenangriffen. Während die USA der Ukraine den Einsatz weitreichender Raketen ermöglichen, stellt sich Deutschland weiterhin der Frage, wie es militärisch helfen kann, ohne in den Konflikt unmittelbar verwickelt zu werden. Analysen zeigen, dass die politischen Unterschiede innerhalb der Koalitionen und die bevorstehenden Wahlen zur Unsicherheit über die Zukunft der militärischen Unterstützung beitragen.

Letztendlich wird sich die Bundesregierung in naher Zukunft mit der Frage der Taurus-Lieferungen und der finanziellen Unterstützung der Ukraine auseinandersetzen müssen, die, laut Berichten, zwischen vier und sieben Milliarden Euro verhandelt wird. Zudem haben G7- und EU-Staaten einen Kredit in Höhe von 50 Milliarden Dollar zugesagt, der auch für Waffenkäufe genutzt werden könnte. Präsident Wolodymyr Selenskij hat dringend finanzielle Unterstützung angemahnt, um die Ukraine am Laufen zu halten, insbesondere im Hinblick auf die anhaltenden russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Ukraine, Land
Quellen	• www.tagesspiegel.de • www.tagesschau.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de